

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Wissenschaftler: „Plan“ der FPÖ gefährdet Versorgung der Bevölkerung

13. Juni 2024, 10.00 Uhr

Die FPÖ schlägt vor, dass die Einwanderung nach Österreich umgedreht wird und Migrantinnen und Migranten sowie ihre Kinder und Enkel möglichst das Land verlassen. Dafür wurde früher der Begriff „Minus-Zuwanderung“¹ und wird heute mit „Remigration“² ein von Rechtsextremen verbreiteter Begriff verwendet.

Das von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz organisierte Mediengespräch beschäftigt sich aus wissenschaftlicher Perspektive mit der Frage, welche Folgen die Umsetzung eines solchen Vorhabens hätte. Wie wären Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung davon betroffen? Und welche Schlussfolgerungen können bezüglich der Folgen aus historischer Perspektive in diesem Zusammenhang gezogen werden?

Die Auswertung von Arbeitsmarktdaten an der Universität Wien ergibt ein klares Bild: In einzelnen Branchen wäre die weitere Geschäftstätigkeit nicht mehr möglich. So haben in der Gebäudereinigung und -betreuung, im Hotel- und Gastgewerbe und in der Arbeitskräfteüberlassung **mehr als die Hälfte** der unselbständig Beschäftigten keine österreichische Staatsbürgerschaft. Dazu kommen viele eingewanderte Personen und ihre Kinder, die eine österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben.

Für Wien hätte die Umsetzung des FPÖ-Vorhabens besonders dramatische Folgen: Die **überwiegende Mehrheit** der Erwerbstätigen im Bauwesen, im Hotel- und Gastgewerbe und in sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (wie etwa Gebäude-reinigung) hat „Migrationshintergrund“, d.h. beide Eltern sind im Ausland geboren. Ohne sie kämen der Wohnungs- und U-Bahnbau, der Tourismus und das Ausgehen am Abend zum Stillstand, Gebäude würden nicht mehr gereinigt. Aber auch der Handel und das Gesundheits- und Sozialwesen könnten ohne sie nicht aufrecht-erhalten werden. Die Versorgung der Bevölkerung wäre also nicht mehr möglich.

Inputs:

[Jörg Flecker](#) (Universität Wien): „**Die Bedeutung migrantischer Arbeitskraft für die Versorgung der österreichischen Bevölkerung**“

[Philipp Ther](#) (Universität Wien): „**Von der Demokratie zur Ethnokratie: Zur rechtsextremen Idee der Remigration aus historischer Perspektive**“

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

¹ Handbuch für Freiheitliche Politik, S. 33: https://cdn1.vol.at/2013/05/FPOE_Handbuch.pdf

² Remigrationsbericht 2022, Freiheitliche Jugend Oberösterreich: https://xn--bevölkerungsaustausch-59b.at/wp-content/uploads/2023/01/FJOO___Remigrationsbericht_2022.pdf

Jörg Flecker

Die Bedeutung migrantischer Arbeitskraft für die Versorgung der österreichischen Bevölkerung

Die FPÖ schlägt vor, dass die Einwanderung nach Österreich umgedreht wird und Migrantinnen und Migranten sowie ihre Kinder und Enkel möglichst das Land verlassen. Im „Handbuch für Freiheitliche Politik“³ wurde dafür der Begriff „Minus-Zuwanderung“ geprägt. Später wurde der von den rechtsextremen Identitären verwendete Begriff „Remigration“ übernommen. Im Herbst 2022 präsentierte die Freiheitliche Jugend Oberösterreichs einen „Remigrationsbericht“⁴. Auch nach der von „Correctiv“ im Jänner 2024 aufgedeckten rechtsextremen Veranstaltung in Potsdam distanzierte sich die FPÖ nicht von der Forderung der als Massendeportation verstandenen „Remigration“. Im Gegenteil: Herbert Kickl machte sich über den Bericht von Correctiv, der den Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ trug, mit seinem Vorschlag eines „Geheim-Plans“ lustig. Gegen „Remigration“ sei nichts einzuwenden.

Es ist anzunehmen, dass der Verlust auch nur eines Teils der migrantischen Bevölkerung in Einwanderungsländern wie Österreich einen gravierenden Mangel an Arbeitskräften und erhebliche Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung nach sich ziehen würde. Wie begründet die FPÖ vor diesem Hintergrund ihr Ziel? Der einzige Grund ist die völkische Ideologie mit ihrer Fantasievorstellung eines ethnisch homogenen Volkes, das unvermischt erhalten bleiben sollte. Diese Ideologie ist vom Nationalsozialismus bekannt und lässt sich durch die Fakten der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung Europas und Österreichs offensichtlich nicht beeinflussen.

Das ist Grund genug anzunehmen, dass es die FPÖ mit diesem Ziel der „Minus-Zuwanderung“ ernst meint. Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive stellt sich allerdings die Frage, welche Folgen die Umsetzung eines solchen Vorhabens hätte. Wie wären Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung davon betroffen?

Beschäftigte mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft

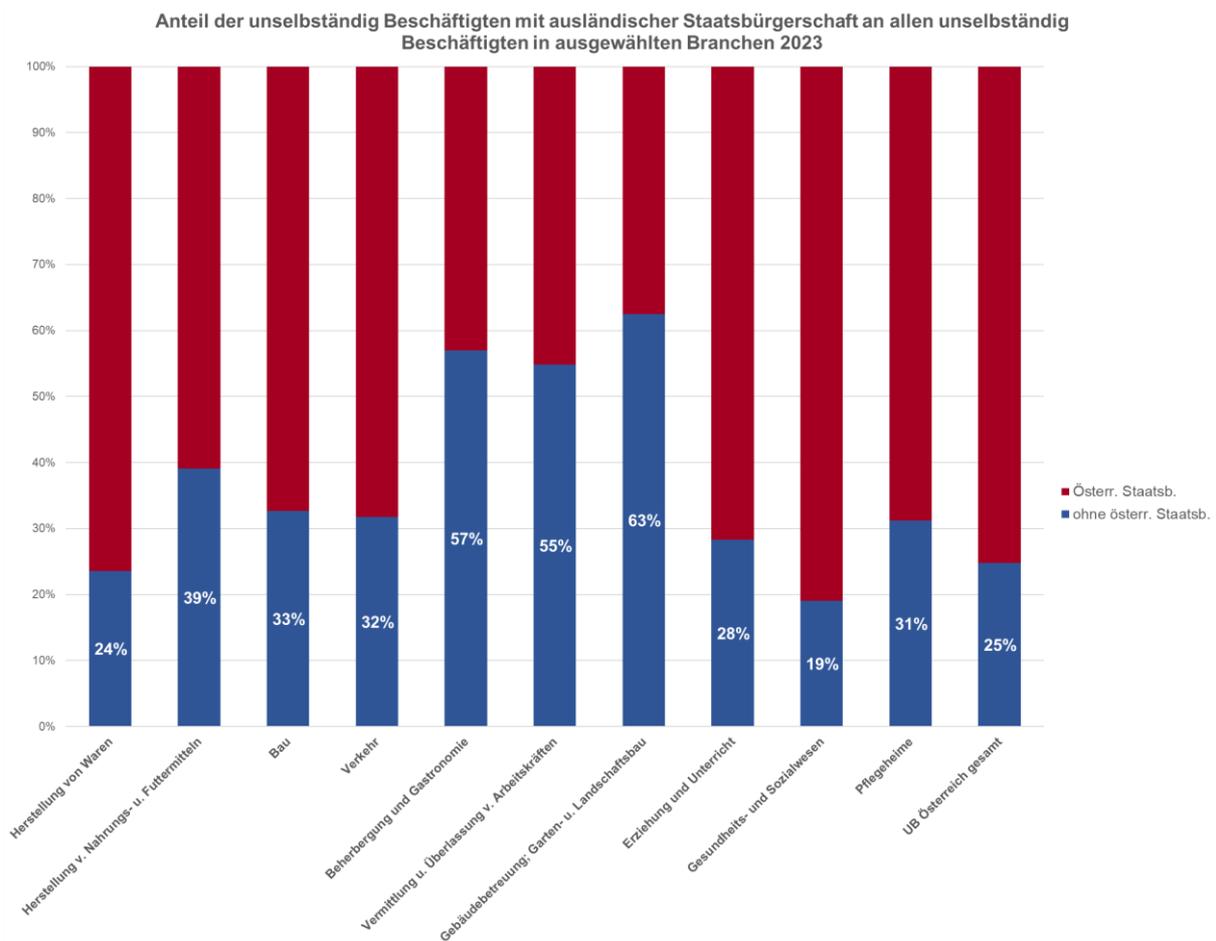
Die Auswertung von Arbeitsmarktdaten an der Universität Wien ergibt ein klares Bild: In einzelnen Branchen wäre die weitere Geschäftstätigkeit undenkbar. So haben in der Gebäudereinigung und -betreuung, im Hotel- und Gastgewerbe und in der Arbeitskräfteüberlassung **mehr als die Hälfte** der unselbständig Beschäftigten keine österreichische Staatsbürgerschaft. Beherbergung und Gastronomie: 57%, Arbeitskräfteüberlassung: 55%, Gebäudebetreuung und Garten- und Landschaftsbau: 63%.

Aber auch andere für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Branchen haben einen hohen Anteil von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, ohne die daher eine Fortsetzung des Betriebs nicht möglich wäre. Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln: 39%, Pflegeheime: 31%, Erziehung und Unterricht: 28%.

Sehr viele ausländische Arbeitskräfte arbeiten also dafür, dass das gewohnte Leben in Österreich möglich ist. Zugleich zahlen sie in die Sozialversicherung ein, aus der die Leistungen u.a. für Kranke und Pensionist:innen bezahlt werden.

³ Handbuch für Freiheitliche Politik, S. 33: https://cdn1.vol.at/2013/05/FPOE_Handbuch.pdf

⁴ Remigrationsbericht 2022, Freiheitliche Jugend Oberösterreich: https://xn--bevölkerungsaustausch-59b.at/wp-content/uploads/2023/01/FJOO___Remigrationsbericht_2022.pdf



Datenquelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger Österreichs

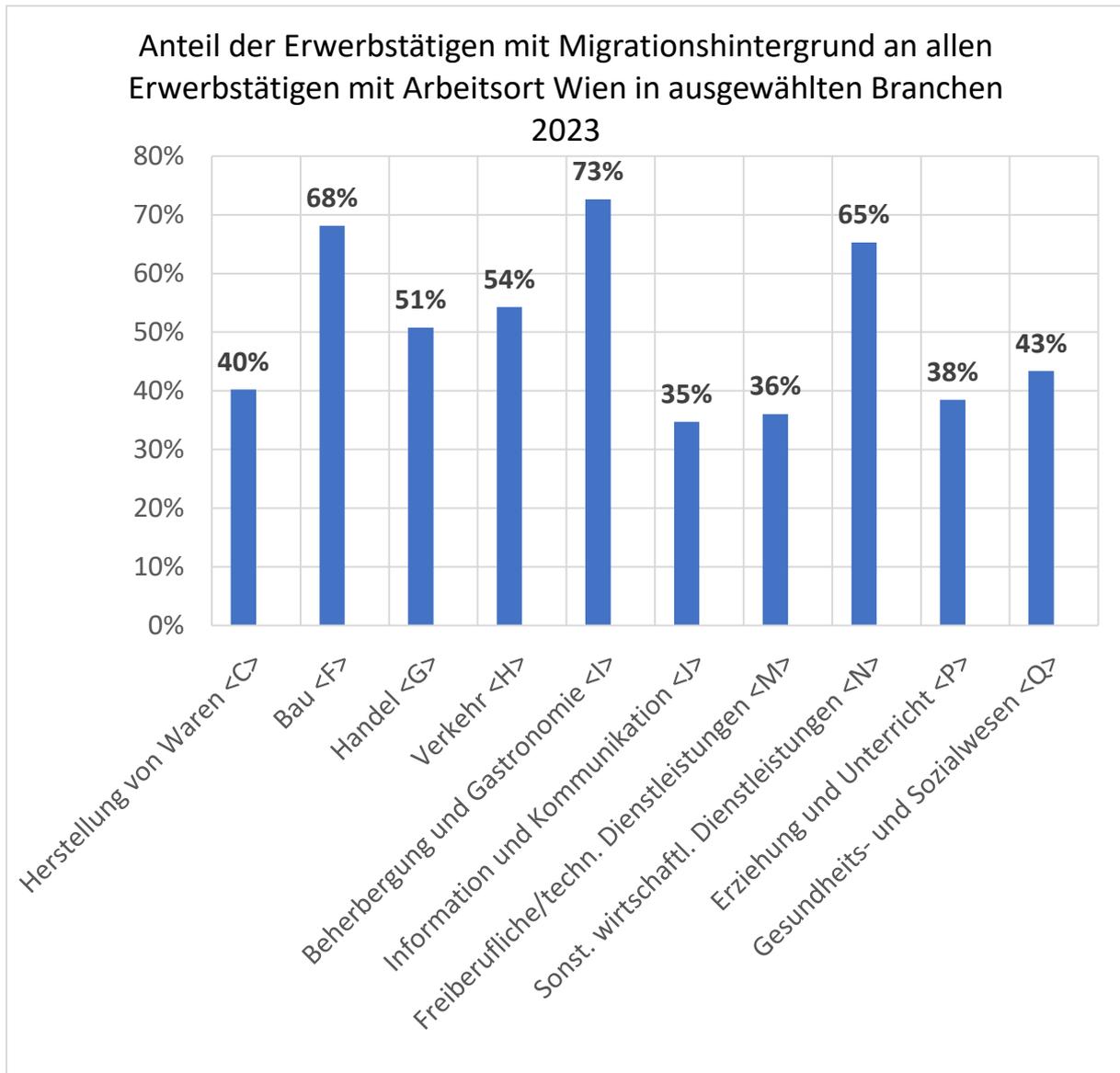
Erwerbstätige mit Migrationshintergrund

Doch die unter dem Titel „Remigration“ diskutierten rechtsextremen Vorstellungen orientieren sich nicht an der Staatsbürgerschaft. Also müssen die vielen eingewanderten Personen und ihre Kinder dazu gerechnet werden, die eine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Nimmt man alle Personen mit „Migrationshintergrund“ unabhängig von der Staatsbürgerschaft, aber einschließlich der Selbständigen und als Anteil an allen aktuell Erwerbstätigen, zeigt sich ein ähnliches Bild. In der Beherbergung und Gastronomie haben in Österreich 48% und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Gebäudereinigung etc.) 49% Migrationshintergrund.

Die Bedeutung migrantischer Arbeitskräfte für die österreichische Wirtschaft und die Versorgung der österreichischen Bevölkerung ist vielen nicht bewusst. Das hat auch damit zu tun, dass ihr Anteil zuletzt stark gestiegen ist. Während 2023 28% der Erwerbstätigen in Österreich Migrationshintergrund hatten, waren das im Jahr 2011 erst 18% gewesen.

Wien weicht dabei deutlich vom österreichischen Durchschnitt ab. Dort hätte die Umsetzung des FPÖ-Vorhabens besonders dramatische Folgen: Die **überwiegende Mehrheit** der in Wien arbeitenden Erwerbstätigen in der Beherbergung und Gastronomie (73%), in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Gebäudereinigung etc.) (65%) und im Bauwesen (68%) hat im Jahr 2023 „Migrationshintergrund“, d.h. beide Eltern sind im Ausland geboren. Ohne sie kämen der Wohnungs- und U-Bahnbau, der Tourismus und das Ausgehen am Abend zum Stillstand, Gebäude würden nicht mehr gereinigt. Aber auch der Verkehr, der Handel und das Gesundheits- und Sozialwesen könnten ohne sie nicht aufrechterhalten werden, haben doch 54% der Erwerbstätigen im Wiener

Verkehrswesen, 51% im Wiener Handel und 43% im Wiener Gesundheits- und Sozialwesen Migrationshintergrund. Die Versorgung der Bevölkerung wäre nicht mehr möglich.



Datenquelle: Statistik Austria

Die sozialwissenschaftliche Analyse ergibt einen eindeutigen Befund: Angesichts dieser Zahlen ist die Vorstellung, inländische Arbeitskräfte könnten die ausländischen ersetzen, absurd. Es ist offensichtlich, dass die Versorgung der Bevölkerung ohne Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bzw. mit Migrationshintergrund überhaupt nicht denkbar ist. Damit ist klar: Mit diesen „Plänen“ wendet sich die FPÖ nicht nur gegen die Migrantinnen und Migranten, sondern gegen die gesamte Bevölkerung Österreichs.

Datenquellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Statistik Austria: Mikrozensus

Datenauswertung: Marvin Tauchner, Institut für Soziologie der Universität Wien

Phillip Ther

Von der Demokratie zur Ethnokratie: Zur rechtsextremen Idee der Remigration aus historischer Perspektive

Die zwangsmäßige Rückführung eines Teils der in Österreich ansässigen Bevölkerung käme einer ethnischen Säuberung gleich. Damit sollte man die rechtsextremen

Forderungen nach einer „Remigration“ benennen, denn es geht bei diesem Diskurs nicht um die freiwillige Rückkehr von Arbeitsmigranten oder Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer, sondern um eine massenhafte Abschiebung all jener Menschen, die man aus Sicht der FPÖ als fremd und nicht integrierbar ablehnt. Der Umfang dieser Abschiebungen wird bewusst offen gelassen, sodass sie auch postmigrantische Familien treffen könnten, die seit der Anwerbung der Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen über mehrere Generationen hinweg in Österreich ansässig sind, wegen des restriktiven Staatsbürgerschaftsrechts und der damit verbundenen Kosten jedoch keine österreichischen Staatsbürger geworden sind. Es ist also unklar, welche Gruppen das „Aussortieren“ aus der Gesellschaft betreffen und ob sie auch EU-Bürgerinnen und -Bürger umfassen würde.

Vor der Praxis ethnischer Säuberungen ist auch deshalb zu warnen, weil sie in der Geschichte stets zu einer Radikalisierung geführt hat. Das lässt sich am Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens zeigen, wo in den 1990er Jahren zunächst meist nur eine bestimmte ethnische Gruppe als unerwünscht deklariert wurde, die ethnischen Säuberungen dann aber auch andere Minderheiten betrafen. Ähnlich war es in der Nachkriegszeit, als in den sogenannten Volksdemokratien in Ostmitteleuropa zunächst die Deutschen (darunter mehrere Millionen Altösterreicher) stigmatisiert, vertrieben und ausgesiedelt wurden. Schließlich umfasste die Deportation in der noch demokratischen Tschechoslowakei auch Ungarn, Sinti und Roma sowie einen Teil der jüdischen Bevölkerung. In Polen wurden nach den Deutschen auch Ukrainer und Juden verfolgt und ausgewiesen oder deportiert. Von dieser ethno-nationalen Homogenisierung waren außerdem zahlreiche Mischehen betroffen sowie um Ausgleich bemühte Vertreter der Mehrheitsbevölkerung. Außerdem ist bei der Umwandlung einer Demokratie in eine Ethnokratie immer mit einer Eskalation der Gewalt zu rechnen.

Angesichts dieser durchaus realistischen Szenarien ist jedoch auch zu fragen, warum bestimmte Parteien und rechtsextreme Organisationen das Thema Migration in den letzten Jahren derart negativ besetzen konnten. Historisch betrachtet haben Migranten fast immer zum Wohlstand der Aufnahmegesellschaften beigetragen. Auch aktuell zahlen Arbeitsmigrantinnen und -Migranten mehr in die Sozialsysteme ein als sie an Leistungen in Anspruch nehmen. Der wirtschaftliche Aufschwung Österreichs in den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde durch die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und eine stärkere Arbeitsmigration begünstigt. Als nach dem Ende des Krieges gemäß dem internationalen Flüchtlingsrecht die Repatriierung dieser Flüchtlinge anstand, weil ihr Fluchtgrund wegfiel, verfolgte Österreich anders als Deutschland eine pragmatische Politik. Ein Großteil der Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina konnte dauerhaft bleiben, sodass die ursprünglich humanitäre mit einer utilitaristischen Politik kombiniert wurde, die zum relativ starken Wirtschaftswachstum beigetragen hat. Es ist eine Aufgabe aller demokratischen Parteien, auch wenn sie dem Asylrecht und seiner Anwendung kritisch gegenüberstehen, den nachweislichen Nutzen von Migration zu unterstreichen, anstatt die Gesellschaft zu spalten und damit Rechtsextremen in die Hände zu spielen. In einem solchen Kontext ist auch mit einer freiwilligen Remigration von hoch qualifizierten EU-Bürgern zu rechnen, die Österreich sogar nach Ansicht der FPÖ braucht.

Dagegen ist aktuell zu befürchten, dass der Missbrauch des Begriffs Remigration unter den möglichen Zielgruppen starke Ängste erzeugt und zu einer Desintegration der Gesellschaft beiträgt. Die Umsetzung dieser rechtsextremen Ziele würde die liberale Demokratie zerstören und Österreich in eine Ethnokratie verwandeln. Damit wären auch starke Einbußen beim Lebensstandard verbunden, die Jörg Flecker im ersten Statement näher untersucht hat.

Über die Expert*innen

[Univ.-Prof. Mag. Dr.Jörg Flecker](#) ist Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Wien. Schwerpunktmäßig forscht er zu den Themen Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Transnationalisierung, Jugend sowie Rechtspopulismus und -extremismus. joerg.flecker@univie.ac.at

[Philipp Ther](#) ist Professor für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Wien, wo er mit seinem Wittgenstein-Preis das Research Center for the History of Transformations ([RECET](#)) gegründet hat. Er hat mehrere Bücher über ethnische Säuberungen, Flucht und gesellschaftlicher (Des)Integration sowie die Transformation nach 1989 publiziert. philipp.ther@univie.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 62044303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website [https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/](https://diskurs-wissenschaftsnetz.at)

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an:
<https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>